Eckwerte statt Schuldenbremse: Zwei Modelle für einen soliden Finanzhaushalt

Der Anlass der Jugendunion zur Schweizer Schuldbremse ging der Frage nach, ob sich das Modell auch für Liechtenstein eignen würde.

Sina Thöny



Die Redner des Abends setzten sich mit der Finanzpolitik auseinander. Bild: Gianluca Urso

Wie viel Schulden werden einem Staat gefährlich? Oder sollte ein Staat sogar Schulden machen? Diesen und weiteren Fragen ging der Anlass der Jugendunion am Dienstagabend auf den Grund. Yannick Ritter, Präsident der Jugendunion, eröffnete den Abend mit einem Negativbeispiel in Sachen Steuerpolitik: Frankreich. Schulen und öffentliche Einrichtungen in schlechtem Zustand waren in Frankreich mit ein Grund für die Proteste. Doch der französische Staat ist stark verschuldet, ein grosser Teil des Budgets versandet in der Rückzahlung der Zinsen.

Wie auch Liechtenstein ist die Schweiz weit von einem solchem Szenario entfernt. Damit der Schweizer Finanzhaushalt aber nie auf eine zu schiefe Bahn gerät, gibt es im Nachbarland eine sogenannte Schuldenbremse. Dieses System habe sich für die Schweiz bewährt, erläuterte der Ex-Direktor der Schweizer Finanzverwaltung, Serge Gaillard, in seinem Inputvortrag. Ob sich dieses System auch auf Liechtenstein übertragen liesse und wo man an der hiesigen Finanzpolitik noch schrauben könne, diskutierten Regierungschefin Brigitte Haas, Triesenbergs Vorsteher Christoph Beck, Gerald Hosp (Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li) sowie Serge Gaillard.

Ein Kleinstaat reagiert empfindlicher auf Schulden

Schulden werden einem Staat gefährlich, wenn die Schuldquote hoch ist und ohne Notlage steigt, erklärte Gaillard. Deshalb sei das oberste Ziel der Fiskalpolitik Stabilität. Im Falle der Schweizer Schuldenbremse sei demnach festgelegt, dass die Höhe der Schulden die Handlungsfähigkeit des Staates nicht einschränken dürfe. Doch in schwierigen Zeiten sollen im Sinne einer stabilen Finanzpolitik Schulden möglich sein, um die Wirtschaft und die Einkommen der Bevölkerung zu stabilisieren. Der in der Verfassung verankerte Grundsatz, dass Einnahmen und Ausgaben sich die Waage halten sollen, dürfe damit in Krisen – wie beispielsweise die Corona-Pandemie – gebrochen werden, sofern innerhalb eines Konjunkturzyklus Kompensationsmassnahmen erfolgen. So lautet der Grundsatz der Schuldenbremse.

Die inländischen Teilnehmer der anschliessenden Podiumsdiskussion waren sich einig, dass das System der Schuldenbremse für die Schweiz gut funktioniere. Doch Liechtenstein sei als Kleinstaat «empfindlicher», meinte Regierungschefin Brigitte Haas. «Kleine Staaten wie Liechtenstein dürfen sich keine Schulden erlauben.» Das Fürstentum bediene sich deshalb eines anderen Systems, das sich bei den Finanzen auf fünf Eckwerte abstützt, welche eingehalten werden müssen. Vier davon dienen einer Absicherung «nach unten», damit die Mittel auch die Ausgaben des Staates decken. Sie sind eine Art «Frühwarnsystem», sobald der Finanzhaushalt aus den Fugen gerät. Es war aber eine Überschreitung des Eckwerts 5, die in der letzten Zeit für Diskussionen sorgte. Dieser enthält eine Obergrenze für Reserven, welche gemäss der Finanzplanung 2027 bis 2030 übertroffen werden soll. Gerald Hosp findet es sinnvoll, dass diese Überschreitung und deren Behandlung im Landtag eine Diskussion über die Eckwerte angeregt hat. Für ihn wäre die einfachste Lösung, die Obergrenze aufzulösen. Doch dabei solle man auch die Frage klären: «Was ist der Sinn dieser Reserven?» Dem Vorschlag, die Obergrenze aufzulösen, kann sich die Regierungschefin anschliessen. Die Reserven würden die Widerstandsfähigkeit des Landes stärken. Die Forderung, etwas aus den Reserven «den Bürgern zurückzugeben» in Form von neuen Verpflichtungen, lehnt sie hingegen ab, denn schliesslich komme das Geld des Staates immer den Bürgern zugute.

Aufgabenentflechtung soll angegangen werden

Die Perspektive einer Gemeinde brachte der Triesenberger Vorsteher Christoph Beck in die Diskussion ein. Auch er ist nicht gegen die Ansammlung von Reserven auf Landesebene. Doch das Vermögen solle auch fair verteilt werden, meinte der Vorsteher mit Verweis auf die teils angespannte Finanzsituation der Liechtensteiner Gemeinden, denn die Gemeinden erwarten demnächst grössere Ausgaben. Christoph Beck ist der Meinung, dass die Finanzierung verschiedenster Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden genauer angeschaut und aufgeteilt werden müsse. Die Regierung wolle sich dem auch annahmen, antwortete Haas. Doch man wolle die Gemeinderatswahlen 2027 abwarten. Der Tenor der Diskussion zeigte grundsätzlich, dass die Reserven Liechtensteins unter den Teilnehmern mit Blick auf künftige Herausforderungen positiv bewertet werden. Bei der Finanzpolitik müsse man sich immer eine Frage stellen, meinte Haas zum Schluss: «Ist das auch gut für die nächste Generation?»